



Sicher ist sicher?

Ein Streitgespräch über die Schweizer Armee zwischen Igelmentalität und Nato-Beitritt

Welchen Weg geht die Schweizer Armee? Heisst die Alternative nur Verharren in der Igelmentalität oder "Vorwärts Marsch" in die Nato? Was bedeutet der Beitritt der Schweiz zur Nato-Partnerschaft für Frieden (PfP) für die weitere sicherheitspolitische Diskussion? Die bekennenden und engagierten ArmeeabschafferrInnen Barbara Haering Binder, Willy Spieler und Hans Hartmann diskutieren die neuen und offenen Fragen, die Differenzen im Konsens. Diskussionsleitung und Abschrift besorgte Roland Brunner.

Barbara Haering Binder, du hast mehrfach für einen Beitritt der Schweiz zur PfP Stellung genommen. Im SP-Pressedienst vom 13. September 1996 schreibst du: "Partnerschaft für den Frieden ist eine sinnvolle institutionelle Möglichkeit, um eine Zusammenarbeit mit der Nato zu realisieren, nicht aber ein erster Schritt auf dem Weg zur Nato, die nach wie vor ein Verteidigungsbündnis einzelner Staaten ist." Woher kommt diese positive Beurteilung der

PfP? Spielt hier der Anti-Blocher-Reflex, die Igelhaltung der Schweiz um jeden Preis zu durchbrechen? Siehst du das Militärische als Türe aus dem Bunkerdenken?

Barbara Haering Binder: Ich setze meine Zustimmung nicht bei einer positiven Überbewertung der PfP an. PfP ist friedens- und sicherheitspolitisch von marginaler Bedeutung. Sie wurde zum innenpolitischen Popanz aufstilisiert. Aber ich bin grundsätzlich bereit, am Aufbau eines Systems kollektiver Sicherheit der Staatengemeinschaft mitzuarbeiten. Ich bin bereit, mit allen Organisationen zusammenzuarbeiten, die im Rahmen solcher friedenserhaltender, friedenssichernder Massnahmen eine zentrale Rolle spielen. Die Nato tut dies.

Ich sehe die Zukunft der Sicherheitspolitik nicht mehr in der Territorialverteidigung, sondern in der internationalen Zusammenarbeit. Letzte Woche hatten wir eine Sitzung der sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates. Lutz Unterseher war eingeladen, über sein Modell zu referieren, wonach sich die Landes-

verteidigung auch mit der Hälfte der Mittel realisieren lasse. Den Auftrag zu dieser Studie hat er vor drei Jahren von der SPS erhalten. Nach ihm referierte Gustav Däniker, der die Studie als überholt bezeichnete, weil die Territorialverteidigung ein überholtes Konzept sei. Die Erkenntnis setzt sich auch in bürgerlichen Kreisen durch, dass es für die Zukunft nicht mehr um Landesverteidigung gehen kann.

Die Prioritäten der internationalen Zusammenarbeit liegen für mich aber sicher nicht im Militärischen. Im Vordergrund steht der Beitritt zur Uno und zur EU sowie die engagierte Mitarbeit in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Osze).

Aber du siehst doch eine halb so teure, doppelt so effiziente Schweizer Armee als Teil der "Out-of-area"-Sicherheit?

Nein, da würde ich weiter gehen. Ich will nicht eine halbe Schweizer Armee im Ausland einsetzen. Da geht es nur noch um friedenserhaltende



Willy Spieler ist Kantonsrat der SP im Kanton Zürich und Redaktor der Zeitschrift "Neue Wege".

Truppen von vielleicht 50'000 Personen.

Die SP schreibt in ihrem Pressedienst auch: "Wer zur Partnerschaft für den Frieden mit der Nato JA sagt – und da hilft kein sophistischer Kopfstand –, sagt politisch letztlich mit dem kleinen Finger JA zur Nato." Willy Spieler, du schreibst in der Zeitschrift "Neue Wege" vom Oktober 1996: "Wenn die Nato anstelle der Osze die 'Sicherheitsarchitektur' für Europa bestimmen will, dann hat das mit dem Frieden sehr wenig, mit der Vorherrschaft der USA in Europa dagegen sehr viel zu tun." Spielt bei dir statt des Anti-Blocher- der Anti-Amerika-Reflex? Ist die Nato ein imperialistisches Konstrukt der Machtpolitik?

Willy Spieler: Mit Anti-Amerikanismus hat meine Haltung nichts zu tun. Mein Artikel steht unter dem Titel "Partnerschaft gegen das Völkerrecht?". Mit Barbara Haering bin ich der Meinung, dass kollektive Sicherheit zu bejahen ist. Es gibt aber vom Völkerrecht bestimmte Organe zur Wahrnehmung dieser kollektiven Sicherheit: vor allem die Uno und ihre Regionalorganisation Osze. Die Nato unterminiert diese vom Völkerrecht vorgesehene kollektive Sicherheit – vor allem durch die Politik der USA.

Die Interventionen der 90er-Jahre legen ein klares Szenario offen: Ob im Nord-Irak oder in Somalia, Ex-Jugoslawien, Ruanda oder Haiti wird das Konfliktmanagement zuerst offiziell der Uno überlassen, ohne dass ihr die Mittel gegeben werden, die kollektive Sicherheit notfalls zu erzwingen. Man lässt die Uno ins Leere laufen und desavouiert sie damit. Dann intervenieren die Grossmächte. Sie lassen ihre Machtpolitik durch den Sicherheitsrat der Uno legitimieren. Die Uno wird missbraucht für die nationalen Interessen der Grossmächte. Die Nato ist dabei die ausführende Instanz dieser Grossmachtpolitik.

Zudem kann die Nato selber entscheiden, ob sie "Aufträge" der Uno überhaupt wahrnehmen will. Die von der Uno definierten pauschalen Mandate überlassen der Nato die Entscheidung über alle weiteren Eskalationsschritte und über Abbruch oder Weiterführung von Einsätzen. Der Uno-Sicherheitsrat stellt einen Blanko-Scheck für das Handeln der Nato aus. Das ist nicht der Anfang, sondern das Ende kollektiver Sicherheit.

Die Nato ist selbst eine völkerrechtswidrige Organisation. Der Internationale Gerichtshof hat in einem Gutachten zuhanden der Uno Atomwaffen im Namen des Völkerrechts geächtet. Damit sind die Nato-Erstschlagsdoktrin und die Abschreckung mit Atomwaffen völkerrechts-

widrig. Eine Beteiligung an der Nato-PfP bedeutet einen Legitimationszuwachs für eine Organisation, die gegen Völkerrecht verstösst. Deshalb bin ich entschieden gegen diese Beteiligung.

Die GSoA hatte mit der Vorstellung, Sicherheit sei durch militärische Kooperation von Sicherheit und Unsicherheit immer Mühe. So beschloss die GSoA bei der Abstimmung über die Uno-Blauhelme 1994 die Parole "leer einlegen". Wo liegt das eigentliche Dilemma?

Hans Hartmann: Es nützt tatsächlich nichts, immer wieder zu beklagen, dass die Fragen falsch gestellt werden und wir zwischen zwei Übeln wählen müssen. Wir müssen herausfinden, wohin die sicherheitspolitische Diskussion läuft und unsere eigenen Alternativen entwickeln.

Der abtretende US-amerikanische Verteidigungsminister *William Perry* hat in den "Foreign Affairs" vom November 1996 einen Essay über die Zukunft der Verteidigung geschrieben. Er skizziert darin ein Modell kooperativer Sicherheit unter US-Führung, das drei "Verteidigungslinien" aufbaut: Die erste soll verhindern, dass Bedrohungen auftauchen. Das bezeichnet Perry als "preventive Defense". Die zweite Linie soll auftauchende Bedrohungen abschrecken und die dritte soll diese militärisch bekämpfen. In keinem Moment seiner Überlegungen kommen Konfliktursachen vor. Es entsteht ein Mythos der totalen Kontrolle, der den alten, im Kalten Krieg vorherrschenden Mythos der totalen Abschreckung ablöst.

Zur PfP sagt Perry, diese bedeute nicht etwa "defense by other means", sondern "democracy by other means". Das bedeutet etwa, dass die Nato das Militär in Osteuropa als Faktor der gesellschaftlichen Stabilität formen will, das "Sicherheit" auch dann garantiert, wenn die Politik in diesen Gesellschaften nicht mehr steuerungs-fähig ist. Die Nato will diese militärischen Apparate einbinden in ein Projekt der kontrollierten Sicherheit. Krisen dürfen gar nicht mehr zu politischen Krisen werden, sondern das Militär soll sie vorsorglich kontrollieren. Die Frage ist also nicht, ob es

ein System kollektiver Sicherheit geben wird oder nicht, sondern wie dieses aussehen wird. Wenn die Illusion geschaffen wird, man könne mit (präventiver) Repression – sei sie militärisch oder zivil – Bedrohungen ausschalten, ist dies eine schlechte Entwicklung. Konfliktursachen und Kriegsgründe dürfen nicht aus der Politik verabschiedet werden, auch nicht von einem "kollektiven Sicherheitssystem".

In ihren neuen Initiativprojekten schlägt die GSoA die Bildung eines "Zivilen Friedensdienstes" ZFD vor. Ist dies der gsoatische Ausweg aus dem militärpolitischen Dilemma? Ist der ZFD der Zauberstab, der ohne Armee die Schweiz weltverträglich macht?

Einen solchen Zauberstab gibt es nicht. Aber das Projekt ZFD ist für mich ein Ansatzpunkt, von dem aus Friedensbewegte ein anderes Konzept von kollektiver Sicherheit entwickeln können. Darin ist eine Überlegung zentral: Kollektive Sicherheit muss den Raum schaffen, in dem Bedrohungen zu einem politischen Thema werden und mit politischen Mitteln bearbeitet werden können. Kollektive Sicherheit heisst, dass sich Menschen gegenseitig dazu befähigen, nach politischen, gewaltfreien Auswegen aus Konflikten zu suchen.

Es geht nicht um totale Kontrolle, auch nicht um Konfliktmanagement oder technokratische Konfliktbeseitigung, sondern um die Fähigkeit zur Auseinandersetzung. Das Projekt des Zivilen Friedensdienstes, wie es die GSoA heute diskutiert, will die Vorstellung der totalen Kontrolle durchbrechen.

Barbara, du schreibst: "Wir fühlen uns heute mitverantwortlich für den Frieden in Europa – und über Europa hinaus." Willy Spieler schreibt, die Nato wolle sich als Friedensbewegung inszenieren. Welche Rolle kann die Armee bei dieser Verantwortung spielen? Sind Schweizer Soldaten ein sinnvoller Exportartikel im Gemischtwarensortiment kollektiver Sicherheit?

Barbara Haering Binder: Auf diese Frage haben wir noch keine klare

Barbara Haering Binder ist Nationalrätin und Generalsekretärin der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz SPS und für diese Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission.



Antwort. Wir haben ja gesagt zu den friedenssichernden Blauhelmsoldaten. Wir haben uns aber immer gegen friedensschaffende Truppen, das sogenannte "Peace making" gestellt, weil die Rahmenbedingungen internationaler Friedenspolitik und kollektiver Sicherheit nicht klar definiert sind.

Ich habe Ja gesagt zu den Blauhelmen, weil damit bei Gewalteskalationen politischen Lösungen wenigstens eine Chance gegeben werden kann. Blauhelme bedeuten keine Kontrolle oder gar Lösung des politischen Konflikts, aber sie öffnen wenigstens einen Platz für politische Lösungen.

Du würdest damit die Blauhelme und die Pfp auf der politischen Seite der kollektiven Sicherheit einreihen und nicht auf der militärischen?

Der Übergang dazwischen ist fließend. Zivile und militärische Aspekte zerfließen und selbst unter den militärischen Aufgaben gibt es sinnvolle Beiträge wie zum Beispiel die Arbeit des IC/AC-Labors in seinem Einsatz für den Waffenrückbau.

Willy, du kritisierst die militärischen Instrumente, aber auch die undemokratischen Aspekte der politischen Institutionen. Wo ziehst du die Linie zwischen politischer

Konfliktbearbeitung und militärischer Konfliktkontrolle?

Willy Spieler: Ich bin für weltweite Abrüstung und habe mich auch für die GSoA eingesetzt in der Meinung, dass ein Kleinstaat wie die Schweiz sich den ersten Schritt der Armeeab-schaffung sehr wohl zumuten darf und soll. Solange aber diese Armee besteht und das Volk nicht bereit ist, sie abzuschaffen, soll sie wenigstens eine sinnvolle Aufgabe übernehmen – bei aller Gefahr, dass dies auch als Legitimation für diese Armee verstanden werden könnte. Bei allen Vorbehalten habe deshalb auch ich Ja gesagt zu den Blauhelmen.

Ich hätte bei einer Mitgliedschaft der Schweiz in der Uno auch nichts dagegen, dass diese Armee der Uno zur Verfügung gestellt würde – selbst für "Peace enforcing"-Einsätze. Die entscheidende Frage ist für mich diejenige nach der Legitimität solcher Einsätze. Sie müssen unter der legitimen völkerrechtlichen Autorität durchgeführt werden, und diesen Rahmen bietet die Nato eben nicht. Die Nato hebt heute die völkerrechtlich legitimierte Bestrebungen kollektiver Sicherheit durch einen demokratischen Konsens der Staatengemeinschaft aus. Mir geht es also weniger um die Frage: militärische Einsätze ja oder nein, als um die normativen Grundlagen und Voraussetzungen solcher Einsätze.



Hans Hartmann ist aktiv in der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA und MOMA-Redaktor.

Auf der Suche nach kollektiven Sicherheitssystemen wird heute nicht das Militärische dem Politischen untergeordnet, sondern umgekehrt. Statt dass sich die Nato der Uno und der Osze unterstellt, hängt sich die Nato politische Strukturen an. Das Politische wird so zum Anhängsel des Militärischen. Gibt es sinnvolle Aufgaben für die Armee? Wird nicht vielmehr das Sinnlose legitimiert?

Hans Hartmann: Bleiben wir beim Beispiel PfP. Die positiven Momente, welche Barbara angesprochen hat, könnte die Schweiz auch ohne PfP einbringen. Aber es geht ja im Kern um eine ideologische Auseinandersetzung. PfP transportiert Bilder in unsere Köpfe – gerade auch in die Köpfe der Linken, die Solidarität, Sicherheit und Kooperation als wichtige Fragen empfinden. "Solidarität" oder "Sicherheit" im Rahmen der Nato ist aber mit einer ganz bestimmten Ideologie verbunden. Die Nato will demokratische Politik durch militärisch-zivilen Sicherheits-Technokratismus ersetzen. Im Gegensatz zur Uno scheitert sie nicht etwa beim Versuch, eine rechtliche Grundlage und damit eine Politik der internationalen Friedenssicherung zu stärken – sie versucht es gar nicht.

Barbara Haering Binder: Die Schweiz hat in der ehemaligen KSZE

gemeinsam mit den anderen neutralen Staaten vernetzt agiert. Diese Gruppe gibt es nicht mehr. Im Rahmen des Osze-Präsidiums der Schweiz habe ich erlebt, wie isoliert die Schweiz funktioniert hat. Sie hat zwar die Sitzungen des Ständigen Rates in Wien präsidiert, aber sie musste dabei immer warten, bis die Nato und die EU ihre Vorbesprechungen abgehalten haben, um dann im Ständigen Rat die vorher gefällten Beschlüsse kundzutun. Die Schweiz muss vernetzt agieren und auch die Osze hat nur so viel Macht, wie ihr von der Nato zugestanden wird.

Willy Spieler: Der Annäherungsschritt an diese Nato wird verharmlost. Der Beitritt zur PfP bringt nur zusätzliche Legitimation für die Nato und übrigens auch die Schweizer Armee. Wenn wir über Sicherheitspolitik sprechen, müssen wir nicht nur Politik und Militär erwähnen, sondern auch über die Ökonomie bzw. das globale Kapital sprechen. Wer vom Kapital nicht sprechen will, soll von der Nato schweigen, würde ich ein berühmtes Zitat abwandeln. Die Nato war immer ein Interventionsorgan gegen gesellschaftliche Veränderungen:

Nach Nato-Drehplan verlief der Obristen-Putsch in Griechenland. Auch eine demokratisch gewählte kommunistische Regierung in Italien wäre nach Nato-Szenarien beseitigt

worden. Diese Ordnungsfunktion hat die Nato immer noch. Madeleine Albright, die neue US-Aussenministerin, hat im Januar gesagt, das vorrangige Ziel amerikanischer Aussenpolitik sei, "dafür zu sorgen, dass sich die wirtschaftlichen Interessen der USA auf die ganze Welt erstrecken". Unverblümt kann man den amerikanischen Imperialismus wohl nicht definieren.

Wir sind alle der Ansicht, dass Sicherheit nur miteinander, nicht gegeneinander denkbar ist. Unser Sicherheitsbegriff ist umfassender als das militärische Denken. Macht die linke Zustimmung zur PfP nicht den gleichen Fehler, den der Bundesrat mit der Blauhelm-Vorlage begangen hat: den Beitritt zum europäischen Haus durch die militärische Hintertüre zu suchen?

Barbara Haering Binder: Wir hätten eine PfP-Beteiligung sicher nicht vorgeschlagen, weil dies für uns nicht prioritär und nicht wichtig ist. Unsere Priorität wäre der Uno- und EU-Beitritt sowie das Engagement in der Osze. Die Interessen der Militärs und einiger bürgerlicher Kreise haben aber die PfP-Vorlage gebracht.

Hans Hartmann: Wenn man davon ausgeht, dass Systeme kollektiver Sicherheit das Angesicht der Welt im nächsten Jahrhundert massgeblich mitbestimmen werden und dass die Nato nicht der Kern dieses Sicherheitssystems sein darf, kann man doch nicht so pragmatisch mit dieser Frage umgehen. Es wird nicht zwei Systeme kollektiver Sicherheit geben sondern eines. Damit ist die Frage entscheidend, ob man die Nato- oder die Uno-/Osze-Variante unterstützt. In der konkreten Politik stehen die beiden Konzepte alternativ.

Willy Spieler: Der Titel der heutigen Diskussion "Zwischen Igelmentalität und Natopartnerschaft" suggeriert, dass dies die Alternative ist. Öffnung ist aber nicht gleich Öffnung. Ein Beitritt zur EU oder zur Uno ist eben nicht das gleiche wie ein Beitritt zur Nato. Gemäss Völkerrecht haben wir die Scheidung der Geister vorzunehmen, zu Uno und EU Ja, zur Zusam-

menarbeit in der PFP hingegen Nein zu sagen und dies zu erklären.

Diese Schweizer Armee, die sich partnerschaftlich für den Frieden "out of area" einsetzen will, rüstet gleichzeitig für innere Einsätze auf. Seht ihr hier einen Zusammenhang? Legitimiert das Konzept der kollektiven Sicherheit die Repressionsfunktion der Armee im Innern?

Barbara Haering Binder: Die Mitarbeit in der PFP schafft vielleicht zusätzliche Legitimation für die Nato, aber doch nicht für die Schweizer Armee. Die Schweizer Armee sucht zusätzliche Legitimation primär durch ihre Diversifikation innerer Einsätze.

Die Schweizer Militärs suchen aber doch im Moment offensiv nach neuen Legitimationen. Spielt hier die internationale Zusammenarbeit keine Rolle?

Hans Hartmann: Wenn Gustav Däniker die Landesverteidigung als überholtes Konzept verabschiedet, dann meinte er damit natürlich etwas anderes, als Barbara oder ich. Für ihn geht es mit William Perry um kooperative Kontrolle. Die Schweiz des Sonderfall-Mythos glaubte, man könne Bedrohungen ausschliessen, indem man sich in Igelhaltung rundherum verteidigt. Auch das war ein Denken, das Sicherheitspolitik der offenen Auseinandersetzung entziehen wollte. Wenn ein Gustav Däniker heute auf den Geschmack globaler Kontrollfantasien kommt, dann zeigt dies, wie sich Militärs und bürgerliche PolitikerInnen den veränderten Umständen anpassen: Der "Mythos des Ausschliessens" soll abgelöst werden vom "Mythos der kooperativen Kontrolle".

Die internationale Kooperationsfähigkeit der Armee ist daher zusammen mit der Diskussion um ihre Professionalisierung sehr wichtig im Modernisierungsdiskurs der Militärs. Andererseits wirkt das Thema zur Zeit noch polarisierend. Die Armee und das EMD bewegen sich in diesem Spannungsfeld von altem "Ausschliessungs-Mythos" und neuer Ausrichtung. Deshalb hat die PFP-Perspektive auch keine generelle



Euphorie bei den Militärs ausgelöst. Es sind vor allem die jungen Offiziere, die intellektuellen Vordenker, die sich für PFP einsetzen.

Und der Zusammenhang zur Debatte über den Ordnungsdienst?

Die Armee sucht den Ausweg aus der Legitimationskrise in alle Richtungen. Was die militärische Aufrüstung zur Inneren Sicherheit – und überhaupt die Ausweitung der Aufgaben der Armee auf zivile Aufgaben – für Militärs so interessant macht, ist die Tatsache, dass sie sowohl mit der traditionellen Ausschliessungs- wie auch mit der neuen Kontrollideologie kompatibel ist. Mindestens solange man nicht Bauern- und Böhnerdemos beibt.

So historisch belastet und damit gesellschaftlich umstritten diese Projekte sind, bilden sie daher eine Klammer innerhalb der Armee. Ob Modernisierungsvertreter oder Landesverteidiger: Bei der inneren Sicherheit können alle an einem Strick ziehen.

Welche Bedeutung hat denn die Armee heute überhaupt noch in der gesellschaftlichen Diskussion? Die Armee-Halbierungsinitiative der SPS kommt mit Mühe und Not zustande und auch die GSa hat mit der Ankündigung neuer Initia-

tivprojekte noch keine Massenbegeisterung ausgelöst.

Willy Spieler: Die Halbierungsinitiative macht mir Sorge, weil ich eigentlich nicht Ja sagen will zu einer halben Armee, wie dies die Studie Unterseher und Teile unserer SP tun. Bei den letzten Wahlen hätte es fast einen Wahlslogan gegeben "Genug Feuerkraft zum halben Preis!". Gerade unter pazifistisch gesinnten Leuten hat eine solche Argumentation kaum motivierende Kraft.

Die GSa hat das Tabu Armee gebrochen. Vor allem ist es aber die Ökonomie, die der Armee ans Fett geht, weil sich unsere Wirtschaft Armeedienstleistende immer weniger leisten kann und will. Die gesellschaftliche Zustimmung zum Mythos Armee ist sicher kleiner als früher und damit ist auch die Chance gegeben für die politischen Projekte der Armeehalbierung und längerfristig der Armeeausschaffung.

Barbara Haering Binder: Aber du wirst dann doch lieber ja sagen zu einer halben als zu einer ganzen Armee! Die Halbierungsinitiative hatte in der Phase der Unterschriftensammlung tatsächlich die Schwierigkeit, dass sie einigen zuwenig weit geht und schon Selbstverständliches fordert, während sie für andere immer noch zu radikal ist. Bei der Volksabstimmung wird dies dann

allerdings anders aussehen: Sie hat reale Chancen, angenommen zu werden – gerade in Zeiten grosser Erwerbslosigkeit und von Sozialabbau.

Hans Hartmann: Es stimmt: Mit dem Ende des Kalten Krieges ist auch in der Schweiz das Tabu "Armee" gebrochen worden. Ich glaube aber nicht, dass das Thema Armee von alleine aus der politischen Diskussion verschwinden wird – es wäre auch gefährlich, wenn dies passieren würde. Die Armee wird vielleicht nicht mehr als Instrument der Landesverteidigung, sondern als multifunktionales, kooperatives Kontrollinstrument ein Thema sein. Demgegenüber müssen wir die Frage nach

Gewaltstrukturen und Kriegsursachen, nach gewaltfreien, politischen Wegen aus Konflikten ins Zentrum der Diskussion rücken.

Der Bedeutungsverlust der Armee in der gesellschaftlichen Diskussion steht dem Bedeutungszuwachs des Militärischen im Sicherheitsdenken diametral entgegen. Verwechseln wir nicht die Legitimationskrise unserer Armee zu sehr mit einer Legitimationskrise des militärischen Denkens?

Willy Spieler: Das Grundproblem liegt doch in der weltweit wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich, die letztlich die Ursache sein wird für

immer mehr Armeeeinsätze. Wenn Interventionen "notwendig" werden, weil Menschen verzweifeln, hilft kein militärisches System kollektiver Sicherheit mehr. Eigentliche Friedenspolitik muss sich im eigenen Land und weltweit für soziale Gerechtigkeit einsetzen.

Barbara Haering Binder: Hier muss unsere Diskussion sicher weiterführen. Die Anforderungen der Friedensbewegung an ein System kollektiver Sicherheit sind erst in Ansätzen vorhanden. Dabei geht es um mehr als die Frage der Legitimation solcher Einsätze.

5. Zuger Symposium, Sonntag, 16. März 1997, 10–17 Uhr, Casino Zug:

Zukunft der Geschlechter

Zukunft der Arbeit und der Arbeitslosigkeit

Alle zwei Jahre führt die Sozialistisch-Grüne Alternative SGA des Kantons Zug ein ganztägiges Symposium im Casino am Zugersee durch. Inzwischen ist es die wichtigste, wenn nicht einzige Veranstaltung in der Deutschschweiz, wo sich Menschen aus dem ganzen rot-grün-violetten Spektrum treffen.

Das diesjährige Programm sieht folgendermassen aus:

10 Uhr: Begrüssung durch Therese Frösch, Grünes Bündnis Bern;

10.15–12.15 Uhr: Podium über die Zukunft der Arbeit und die Zukunft der Geschlechter, mit:

Zita Küng, Unia-Vorstand, GBI-Zentralsekretärin,

Mascha Madörin, Ökonomin, Frauenrat für Aussenpolitik,

Regula Rytz, Historikerin, Grossrätin des Grünen Bündnis Bern,

Hans Würzler, Ökonom, ehem. Leiter der KOF ETH,

Gisela Hürlimann, Diskussionsleitung SGA.

12.30–13.45 Uhr: Mittagessen

14–16 Uhr: Arbeitsgruppen:

Arbeitszeitmodelle und -Verkürzung (Zita Küng und Hans Würzler)

Soziale Sicherheit, Grundeinkommen, Geschlechterfrage (Therese Wüthrich)

Globalisierung und Arbeit (Andreas Missbach und Patrick Ziltener)

Migration und Geschlechterfrage (Doris Angst)

Frauen in rechtsextremen Organisationen (Cécile Bühlmann)

Welches Geschlecht hat Europa? Frauen als Störfaktor? (Heidi Rebsamen)

Ende der Zweigeschlechtlichkeit? (Adrian Ramsauer und Ursula Fiechter)

Wie geschlechtsspezifisch ist Sucht? (Maria Aeberhard)

Gewalt Macht Männer (Jürgmeier)

Wo stehen Frauen- und Männerbewegung? (Lotta Suter, Herbert Düggeli)

1848 – 1998 und die Geschlechterfrage (Elisabeth Joris, Josef Lang)

16.15–17 Uhr: Schlussplenum: Welche Wege aus der Arbeitslosigkeit?

Moderation: **Nico Lutz**, Stadtrat Junge Alternative JA! Bern.

Der Eintritt zum Symposium ist frei, Spenden sind dringend erbeten. Eine Anmeldung ist nicht nötig. Infos bei: SGAS, Tel. 041/710 13 15.

MOMA wird auf das Zuger Symposium zurückkommen und einige der Diskussionen in den nächsten Ausgaben dokumentieren.

Schweizer Kriegsmaterial: Wachsende Exporte in alle Welt

Die Schweiz hat letztes Jahr wieder mehr Kriegsmaterial in alle Welt exportiert. Nach einem Rückgang 1995 stiegen die Exporte laut Angaben der Oberzolldirektion letztes Jahr im Wert von 141 auf 233 Millionen Franken. Trotz eines Verbotes von Waffenexporten in Spannungsgebiete zählten der Oman (65 Millionen), Indien (6 Millionen), Saudiarabien (4,3 Mio.) und Pakistan (2,9 Mio.) zu den Abnehmerländern.

Am 8. Juni dieses Jahres wird die Waffenausfuhr-Initiative zur Abstimmung kommen. Ein verfassungsmässiges Verbot von Ausfuhr, Durchfuhr und Vermittlung von Kriegsmaterialien scheint die einzige Möglichkeit zu sein, die Schweizer Waffenfabrikanten von ihrem blutigen Geschäft abzuhalten.

Eine vollständige Liste der Schweizer Kriegsmaterialexporte, Hintergrundartikel, ein Kurzargumentarium, ein Pressedienst sowie eine ReferentInnenliste für die Abstimmungskampagne zum Waffenausfuhrverbot kann beim Komitee bestellt werden:

Verein "Ja zum Verbot der Kriegsmaterialeinfuhr", Pf. 249, 3000 Bern 13.

Tel. 031/311 71 22,

Fax 031/311 77 94.